Deutscher Bundestag **Drucksache 17/5497**

17. Wahlperiode 13. 04. 2011

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (16. Ausschuss)

zu der Verordnung der Bundesregierung
– Drucksachen 17/5333, 17/5423 Nr. 2 –

Verordnung zur Anpassung chemikalienrechtlicher Vorschriften an die Verordnung (EG) Nr. 1005/2009 über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen, sowie zur Anpassung des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung an Änderungen der Gefahrstoffverordnung

A. Problem

Die Verordnung zielt darauf ab, die Neufassung der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen, in nationales Recht umzusetzen. Insbesondere werden in der Chemikalien-Ozonschichtverordnung nationale Regelungen gestrichen, die in das unmittelbar geltende EU-Recht Eingang gefunden haben. Neu aufgenommen wird eine Regelung zur Anerkennung von Sachkundenachweisen nach der Chemikalien-Klimaschutzverordnung. Die Chemikalien Straf- und Bußgeldverordnung wird an das neue EU-Recht angepasst. Zusätzlich ist eine Anpassung des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung an die geänderte Gefahrstoffverordnung erforderlich.

B. Lösung

Zustimmung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

der Verordnung der Bundesregierung auf Drucksache 17/5333 zuzustimmen.

Berlin, den 13. April 2011

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Eva Bulling-Schröter
Vorsitzende

Jens Koeppen
Berichterstatter

Frank Schwabe
Berichterstatter

Dr. Lutz Knopek
Berichterstatter

Ralph Lenkert
Berichterstatter

Dorothea Steiner
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Jens Koeppen, Frank Schwabe, Dr. Lutz Knopek, Ralph Lenkert und Dorothea Steiner

I. Überweisung

Die Verordnung der Bundesregierung auf **Drucksache 17/5333** wurde gemäß § 92 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages (Drucksache 17/5423 Nr. 2) zur Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Verordnung zielt darauf ab, die Neufassung der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen, in nationales Recht umzusetzen. Insbesondere werden in der Chemikalien-Ozonschichtverordnung nationale Regelungen gestrichen, die in das unmittelbar geltende EU-Recht Eingang gefunden haben. Neu aufgenommen wird eine Regelung zur Anerkennung von Sachkundenachweisen nach der Chemikalien-Klimaschutzverordnung. Die Chemikalien Straf- und Bußgeldverordnung wird an das neue EU-Recht angepasst. Zusätzlich ist eine Anpassung des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung an die geänderte Gefahrstoffverordnung erforderlich.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat die Verordnung auf Drucksache 17/5333 in seiner 39. Sitzung am 13. April 2011 abschließend ohne Debatte beraten.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, der Verordnung der Bundesregierung auf Drucksache 17/5333 zuzustimmen.

Berlin, den 13. April 2011

Jens Koeppen Berichterstatter	**Frank Schwabe** Berichterstatter	**Dr. Lutz Knopek** Berichterstatter
Ralph Lenkert Berichterstatter	**Dorothea Steiner** Berichterstatterin	



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333